

Der Jugendlandtag , 26.09.08

Um 09.00 Uhr begann im Landtag Steiermark der Jugendlandtag mit einem gemeinsamen Foto der Jugendlichen mit dem Landtagspräsident, den anwesenden LandesrätInnen, Landtagsabgeordneten sowie Landtagsverantwortlichen. Danach konnte der Jugendlandtag 2008 mit den vorgefertigten Thesen vom Vortag begonnen werden. Landtagspräsident Schrittwieser leitete die Sitzung und rief die SprecherInnen der einzelnen Thesen zum Rednerpult. Dort trugen die VertreterInnen aus den Themengruppen ihre These vor und anschließend wurde jede These diskutiert.

Thema 1: Freizeit

1. Vereinheitlichung des Jugendschutzes (Luise Fellner)

Die Jugendlichen der einzelnen Bundesländer werden durch die Vereinheitlichung gleichgestellt. Weiters würde eine Vereinheitlichung eine Vereinfachung sein, da ein Gesetz leichter zu kontrollieren ist als verschiedene. Deshalb sollten in allen Bundesländern die Gastronomiebetriebe gleich streng kontrolliert werden und auch im Falle eines Verstoßes gleich geahndet werden. Außerdem sollten die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren bei der Erarbeitung der Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes mitbestimmen dürfen z.B. per Umfrage.

LAbg. Ederer: nichts gegen Vereinheitlichung; wichtig ist, dass von bestimmten strengen Regelungen z.B. Alkohol nicht abgegangen wird.

LAbg. Zitz und Klimt-Weithaler; wie Ederer

2. Ausbau der bereits bestehenden Jugend Card „Check it“ (Florian Baumgartner)

Wir setzen uns für einen Ausbau der Check-it Card ein, da sie zurzeit vorrangig nur als Ausweis fungiert. Da Jugendliche oft wenig bis gar kein Geld zur Verfügung haben, wäre es angebracht, Ermäßigungen bzw. Freistellungen für die öffentlichen Verkehrsmittel (auch an Wochenenden und in den Ferien) anzubieten, da dadurch auch die Umwelt geschont wird.

Ebenso sollten Vergünstigungen bei Veranstaltungen, Konzerten usw. vorgesehen werden.

Fellner: Unterstreicht nochmals die Notwendigkeit kostenfreier Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Jugendliche.

Pichler: Für Pensionist/innen gibt es Ermäßigungen und für Jugendliche nicht.

LRⁱⁿ Vollath: Es gibt Vergünstigungen, vielleicht nicht ausreichend bekannt, über 500 Partner in der Steiermark. Informationen über www.logo.at!

LRⁱⁿ Edlinger-Ploder: Es gibt auch für Jugendliche Ermäßigungen; Steuerzahler zahlen 80% des öffentlichen Verkehrs; Vergünstigungen werden nicht vom Verkehrsressort allein bezahlt. Neue Ermäßigungen müssten von politisch Verantwortlichen der betroffenen Ressorts finanziert werden.

3. Vielfältigere Veranstaltungen (Elisabeth Gütl)

Wir möchten Veranstaltungen nutzen, um einen Ausgleich zur Schule zu haben. Deshalb ist es auch notwendig, dass es ein großes Angebot an Veranstaltungen für verschiedene Zielgruppen gibt.

Weiters werden Shuttle-Busse zu den Veranstaltungen gewünscht. Alte Bräuche z.B. Kirtage dürfen nicht verloren gehen, sondern müssen vom Land Steiermark unterstützt (z.B. Teilfinanzierungen) und populär gemacht werden. Ein weiteres Anliegen von uns ist, dass die alkoholfreien Getränke bei Veranstaltungen billiger sind als die alkoholischen.

Wartegger: Land soll Gemeinden bei Veranstaltungen finanziellen Ausfall ausgleichen
 LAbg. Zelisko: Shuttle Busse: z.B. Nachtbussystem zwischen Mürzzuschlag und Bruck/Mur leider noch immer zu wenig von Seiten des Landes unterstützt.

LABg. Ederer: Unterstützung von Brauchtumsveranstaltungen wird begrüßt; Einbindung von lokalen Produkten (gesunde Ernährung)

LABg. Zitz: bevorzugt von Jugendlichen selbst organisierte Veranstaltungen; Schwierigkeit der Organisation und Aufbringung finanzieller Mittel

Vielfältige Veranstaltungen werden begrüßt aber auch solche die nicht Mainstream sind

LABg. Klimt-Weithaler: überrascht über Kirtage; breitere Vielfalt; Jugendliche sollen mitbestimmen, welche Art von Veranstaltungen sie gerne hätten,

Ausfallshaftung des Landes diskussionswürdig

Friesenbichler: Shuttlebusse von Nachtlokalen weg

LABg. Kröpfel: Jugendliche sind gefordert, dass sie sich bei den Gemeinden bei der Organisation einbringen; Personal für Abhaltung der Veranstaltung muss nicht immer gratis sein. Auch Eigeninitiative kann helfen

LABg. Ederer: Aufsteirern positives Beispiel

LABg. Böhmer: Leitbild der Gemeinde könnte Zusammenleben mit Jugendlichen beschreiben

LR Wegscheider: Aufsteirern war nicht gemeint, Jugendgemeinderat soll installiert werden; Jugendzentren in vielen Gemeinden bieten gratis Zugang; Zuschuss der Gemeinden für die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel

Druck auf Verantwortliche in den Kommunen

LRⁿ Vollath: geht nicht nur um Kirtage; 600-700 Kleinförderungen für Veranstaltungen Voraussetzung ist eine entsprechende Initiative seitens der Gemeinden und Jugendlichen

Marchel: Ausfallshaftung nicht zielführend

Dornhofer: Aufsteirern, Transport für die Teilnahme fehlte

4. Bereitstellung von mehr Jugendräumen und Jugendplätzen (Karoline Zefferer)

Die Jugendlichen wünschen sich Raum für sich, da das zur Steigerung des Selbstwertgefühles führt. Weiters können sie selbst kreativ sein, infolgedessen gibt es keine Langeweile, sondern das Gefühl der Sicherheit und Wertschätzung.

Ferner sind wir der Meinung, dass durch die bessere Ausgestaltung von Freizeitanlagen diese von uns besser benutzt werden.

Demzufolge soll es Angebote für unsere verschiedensten Interessen geben.

Fellinger: Jugendräume positiv

Augustin: kritisch gegenüber Jugendräumen

Friesenbichler: Jugendräume sind wichtig

Lechner: mehr Angebot für Jugendgruppen, Mehrfachnutzung bereits bestehender Räume

Schardt: Fehlendes Geld für Raummiete

Miklavcic: Abmontieren von Bänken im öffentlichen Raum, obwohl wichtiger Aufenthaltsort für Jugendliche

LAbg. Klimt-Weithaler: wichtig, dass Raum zur Verfügung gestellt wird, Jugendliche sollen Räume auch selbst gestalten können (Identifikation) männerlastiges Bereitstellen von Räumen, Schwerpunkte für Mädchen

LAbg. Zitz: Lärmproblem, Vertreibung von Jugendlichen im öffentlichen Raum sehr problematisch; wichtig dass auch Plätze ohne Konsumzwang vorhanden sind; Spielregeln sind aber wichtig

Marterer: abgelegene Plätze um Störungen zu vermeiden

Forcher: Räume sollten von Jugendlichen selbst ausgestaltet werden können

LAbg. Ederer: gemeinsames Vorgehen wichtig;

LRⁱⁿ Vollath: Land unterstützt auf mehreren Ebenen; Einrichtung von Räumen; Neu: Gemeinden werden unterstützt, Personal für Jugendvorhaben bereit zu stellen; Qualitätssicherung wichtig; Geschlechtersensibel; Zielgruppen ausgewogen; Spannungen zwischen Generationen: Wettbewerb für Generationenräume wurde ausgeschrieben; Räume ohne Konsumzwang sind großes Anliegen

LAbg. Böhmer: jugendfreundliche Sportanlagen, 532 Gemeinden machen Sportanlagen öffentlich zugänglich; restlichen Klein- und Kleinstgemeinden die gemeinsam Plätze nutzen, Landesförderung für Beachvolleyballplätze; Problem Alkohol und Vandalismus.

Thema 2: Soziales

1. Arbeitsmarkt (Roman Pronegg)

Wir sind der Meinung, dass die Politik mehr Arbeitsplätze für jugendliche Arbeitssuchende schaffen soll und die Schaffung von Lehrstellen gefördert werden soll. Die Erleichterung bei der Arbeitssuche kann durch finanzielle Anreize bei Praktikumsstellen und eine flächendeckende Information (Berufsorientierung) über Berufsfelder erfolgen.

Zudem sollten Anreize und rechtliche Vorteile für Unternehmen geschaffen werden, sozial gerecht zu handeln, damit MitarbeiterInnen ein besseres/gesünderes Arbeitsumfeld vorfinden.

LAbg. Schöpfer: Verantwortung der Politik, Steiermark weist positive Entwicklung am Arbeitsmarkt auf; Strukturveränderungen sind unter anderem für Arbeitslosigkeit verantwortlich (Berufsgruppen); Berufsmatura für Lehrlinge seit 2005 als Voraussetzung für Fortentwicklungen; mehr Mädchen in technische Berufe; vom Land gefördert; Problem der demographischen Veränderungen;

Schardt: Benachteiligungen von Frauen und Migranten

Marterer: Förderungen von Praktika wichtig

Friesenbichler: wie Schardt; Anreize für Unternehmen für sozialgerechtes Handeln

Wallner: Berufsorientierung soll kostengünstig sein; entweder in den Schulen oder kleineren Anlaufstellen

Pronegg: Schwierigkeit für Maturanten ohne Zusatzausbildungen sofort eine Arbeitsstelle zu finden

Miklavcic: mehr Ferienjobs für Schüler auch Teilzeit;

LAbg. Ederer: mehr Förderungen für Mädchen in technischen Berufen; Übersicht über Lehrstellenangebote;

LAbg. Zitz: Ferienjobs nur über persönliche Kontakte problematisch; Jugendliche Selbstständige fühlen sich oft allein gelassen;

LAbg. Klimek-Weithaler: problematisch Ferienjob zu bekommen; Praktikum für junge Menschen die sich für eine Lehre entscheiden: wichtig

Großunternehmen sollen in die Ausbildung junger Menschen investieren

LAbg. Zelisko: Schwierigkeit der Berufswahl ohne Praktikum; derzeit stehen relativ viele Lehrplätze zur Verfügung. Facharbeiterausbildungsstätten, höhere Einstiegsgehälter notwendig, da gerade in dieser Zeit z.B. Familienplanung passiert

Jeitler: soziale Forderungen werden unterstützt; Leistbarkeit für Kleinunternehmer sind ein Problem.

LHStv. Flecker: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind in einem marktwirtschaftlichen System sehr schwierig. Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen als Angebot; Jugendliche Chancengleichheit im Zugang zur Bildung; Gesamtschule; freier Zugang zu den Universitäten, Bildung wichtigstes Kapital, Aufwertung des Stellenwertes von Lehrberufen; Lehrlingsfonds als Weg zur Finanzierung der Bereitstellung von mehr Lehrstellen;

Zottler: gegen Gesamtschule, Niveau wird sinken, Privatschulen werden boomen, gleiches Recht auf Bildung.

Maier: Klusemann als positives Beispiel für eine Gesamtschule.

Jeitler: es gibt viele gute Hauptschulen, Gesamtschule kein Allheilmittel

2. Integration (Katrin Wallner)

Um eine gute Integration von ZuwandererInnen zu ermöglichen, ist die Schaffung einer funktionierenden Struktur notwendig.

Dies beinhaltet Kindergartenpflicht für MigrantInnen und das Erlernen der deutschen Sprache.

Zudem soll es mehr Einrichtungen geben, die aufklären, Fragen beantworten und auf die Bedürfnisse der MigrantInnen eingehen, Vorurteile abbauen, dem Rassismus vorbeugen und die Interaktion zwischen In- und AusländerInnen fördern.

Das Land Steiermark sollte außerdem auf Bundesebene die Beschleunigung von Asylverfahren unterstützen und einfordern.

Schardt: kostenlose Deutschkurse für MigrantInnen wichtig.

Pichler: offenes Ohr für MigrantInnen; Anlaufstellen

Reiterer: viele wollen Deutschkurse nicht in Anspruch nehmen, weil sie sich nicht anpassen wollen.

Fuchs: Deutschkurse verpflichtend, Integrationswille gefordert

Schardt: Integration muss auch erleichtert werden durch Maßnahmen des Landes,

Stromberger: wie Fuchs

Maier: Integration muss auf beiden Ebenen funktionieren sowohl bei Staat als auch bei MigrantInnen.

LAbg. Schröck: Integration bedeutet Strukturen zur Verfügung stellen, hohe räumliche Konzentration von AusländerInnen als Problemfeld, Beamte mit Migrationshintergrund bei der Polizei sind wichtig.

LAbg. Klimt-Weithaler: kein Mensch ist als Person illegal, Rahmenbedingungen für die Integration sind wichtig.

LAbg. Zitz: Wartelisten für Deutschkurse, viele Initiativen des Landes hinsichtlich Integration von MigrantInnen,

Aktivitäten wie Siedlungsbetreuung sind wichtig, Frauendiskriminierung ist unakzeptabel auch wenn dies kulturelle Hintergründe hat, respektvollerer Umgang kann helfen.

LAbg. Schöpfer: aktive Einwandererpolitik gefordert, Österreich ist ein Einwandererland ohne dass dies der Bevölkerung bewusst ist, Menschenrechte achten,

Schardt: Migration als Chance.

Lengauer: AusländerInnen sollen Glauben privat ausüben

Fellinger: Meinung wie Schröck

Baumgartner: Unterscheidung zwischen politischem und wirtschaftlichem Flüchtling.

Pichler: Österreich hat Verantwortung gegenüber ärmeren Ländern.

Jeitler: Lösung sollte am System angepackt werden nicht, Tradition und Glaube sind wichtig,

Götschl: Abschaffung der Studiengebühren führt zu mehr ausländischen StudentInnen.

Binder: Unsere Kultur wird vernachlässigt, MigrantInnen sollen sich an uns anpassen und nicht umgekehrt.

LRⁿ Vollath: Integration kein einseitiger Vorgang, geht uns alle an. Bedürfnisse aller sollen in der Gesellschaft gestillt werden. Bildung und Fortbildung von Anfang an ist der große Schlüssel für die Betroffenen. Flächendeckendes Angebot für Deutschkurse – erst dann verpflichtend machen. Rassismus darf nicht gesellschaftsfähig werden.

Verfassungsrecht auf Religionsfreiheit.

3. Gleichberechtigung (Stefan Maier)

An Schulen und in Kindergärten fehlt es an Aufklärungsarbeit im Bereich Gleichbehandlung zwischen Männern und Frauen.

Gender-Peers an Schulen können als Ansprechpersonen und als MultiplikatorInnen fungieren.

Außerdem fordern wir den Abbau von Hürden für Frauen/Männer, die in andersgeschlechtlich dominierten Bereich gehen und keine finanzielle Benachteiligung für Väter, die in Karenz gehen wollen.

Öffentliche Volksvertretungen sollten der Bevölkerungsverteilung entsprechen, wenn die Qualifikationen für das jeweilige Amt erfüllt werden.

Zottler: Gender-Peers sind relativ sinnlos.

Raith: Kinder-Peers und Kindergarten – Aufklärung sind sehr wichtig.

Lechner: nicht nur Frauen in die Technik sondern auch Männer in die Kindergärten.

LAbg. Schröck: Gender-Peers an den Schulen wichtig, Zusammenhang zwischen der Unterrepräsentation von Männern in bestimmten Berufsbereichen und schlechtere Bezahlung.

LAbg. Klimt-Weithaler: Quotenregelungen sind sinnvoll, Geschlechtergerechtigkeit,

LAbg. Zitz: Gender-Peers sind eine gute Idee.

LAbg. Ederer: Menschheit soll sich weiterentwickeln, daher ist die Aufklärung in Kindergärten und Schulen wichtig. Gegen fixe Quotenregelungen.

LRⁱⁿ Vollath: Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein besonderes Anliegen der Landesregierung. Insbesondere bei der Budgetgestaltung.

4. Soziale Gerechtigkeit (Maria Lisa Pichler)

Da es gravierende soziale Unterschiede gibt, muss die Politik dafür sorgen, Chancengleichheit auf allen Ebenen zu schaffen.

Sozial Schwächere sollen gestärkt werden, sozialer Selektion muss entgegen gewirkt werden.

Aus den Erfahrungen heraus kann die Schaffung von Informationsstellen und der Bürokratie-Abbau bei Förderansuchen eine bessere Auslastung der Unterstützungsmöglichkeiten gewährleisten.

LRⁱⁿ Vollath: Wie kann Politik soziale Gerechtigkeit schaffen? Gesamtheit der Gesellschaft muss auf ein höheres Bildungsniveau kommen. Reformen gegenüber offen sein.

Thema 3: Umwelt und Gesundheit

1. Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (Elisabeth Weitzer)

Da die öffentlichen Verkehrsmittel zurzeit sehr teuer und nicht ausreichend ausgebaut sind, wird viel zu wenig darauf zurückgegriffen. Die verstärkte Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, welche auch zusätzlich mit alternativen Energien betrieben werden, führt zu einer deutlichen Verringerung des CO₂ Ausstoßes und Feinstaubes.

LAbg. Gödl: öffentliche Verkehrsmittel sind günstiger als mit dem Auto zu fahren; weiterer Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel;

Pichler: Verkehrsmittel sind immer noch zu teuer

Friesenbichler: für Jugendliche ermäßigte Fahrkarten

Koch: wie Pichler

Schardt: auch Erwachsene sollten umsteigen

Weinberger: Lange Wartezeiten und oftmaliges Umsteigen als Problem

Miklavcic: Erweiterung der Schülersausweise

LAbg. Zitz: Ausbau des öffentlichen Verkehrs,

LAbg. Klimt-Weithaler: Schaffung eines Sozialpasses

2. Präventive Aufklärung in Schulen (David Schardt)

Da es immer noch große Probleme mit dem Drogen- und Alkoholkonsum Jugendlicher gibt, fordern wir steiermarkweite, verpflichtende Kurse in Form von Workshops für SchülerInnen der 6. Schulstufe im Rahmen des Unterrichts.

Weiters treten wir für eine kostenlose und umfassende Drogenberatung auch nach dem Entzug ein.

Schardt: Konfrontation mit ehemaligen Drogenabhängigen sollte wesentlicher Bestandteil der Workshops sein

3. Rauchverbot in Speiselokalen (Corina Hofmeister)

Es ist uns bewusst, dass das Rauchverbot in Speiselokalen gerade auch bei Jugendlichen ein heikles Thema ist. Da aber sowohl Rauchen als auch Passivrauchen schädlich und beim Essen störend ist, sollte es grundsätzlich verboten sein.

LAbg. Zelisko: Passivrauchen kann Lungenwerte enorm verschlechtern, daher generelles Rauchverbot in Lokalen sinnvoll

LAbg. Böhmer: Schweizer Studie: 7 bis 28 Zigaretten werden in einem Lokal von einem Angestellten passiv mitkonsumiert.

Wenn dann generell rauchfreie Lokale oder gar nicht.

LAbg. Ederer: eher generelles Rauchverbot auf lange Sicht

Jeitler: Rauchverbot auch in Diskos;

Wartegger: generelles Rauchverbot

Schardt: Rauchverbot wird in der Praxis ignoriert

4. Förderung alternativer Energien (Romina Fuchs)

Da unsere Umwelt und der Klimaschutz nicht nur für Österreich, sondern für die gesamte Welt immer wichtiger werden, verlangen wir von der Steiermärkischen Landesregierung, dass es mehr Förderungen alternativer Energieformen geben muss.

Lechner: Energieabhängigkeit reduzieren

Marterer: auf lange Sicht kostengünstiger

Fuchs: Umwelt schonen

Schardt: Förderungen auch für private Haushalte

LR Wegscheider: Steiermark Vorbildhaft; Förderungen für Solarenergie versiebenfacht; (2005-2008)

Biomasse ist eine kostengünstige Investition für den privaten Haushalt

Förderungen für Nah- und Fernwärmenetze; Anteil von 2005 wurde verfünffacht;

Enorme Steigerung der Investitionen aus der Wirtschaft, es könnten diese Investitionen noch gesteigert werden, in dem die Förderungen erhöht werden

Energiesparen und Energieeffizienz in den Vordergrund stellen;

Lechner: Frage ob im Landtagssitzungssaal Energiesparlampen verwendet werden

Wegscheider: nein, noch nicht, ist gute Anregung und soll Ziel sein

Thema 4: Lebensumfeld

1. Mehr politische Aufklärung für Jugendliche, mehr Podiumsdiskussionen (Eva Schneider)

Gerade jetzt vor der Wahl werden Jugendliche oftmals von Werbungen beeinflusst. Viele wissen aber nicht, wofür sich die verschiedenen Parteien einsetzen.

Deshalb wollen wir, dass Jugendliche besser über Politik Bescheid wissen, da das Alter der Wähler und Wählerinnen auf 16 Jahre gesenkt wurde. Wir wünschen uns, dass der Landtag in einer Resolution die Bundesregierung auffordert, dass ein Pflichtfach „Politische Bildung“ – beginnend mit der 8. Schulstufe – eingeführt wird. So haben auch Lehrlinge die Möglichkeit, etwas über Politik zu erfahren. Es soll darauf geachtet werden, dass dieses Fach überparteilich und unparteiisch unterrichtet wird.

Mehrmals jährlich sollen zu diesem Zweck auch Podiumsdiskussionen an verschiedenen Schulen durchgeführt werden, bei denen Vertreter und Vertreterinnen der Parteien kommen und den Schülern und Schülerinnen ihre Fragen zu aktuellen Themen beantworten.

Pichler: Geschichte und Politische Bildung sollten nicht gemeinsam unterrichtet werden

Hofmeister: aktuelle Tagespolitik ist nicht das Thema

Schardt: Politische Bildung ist geschichtsbetont

Miklavcic: unterschiedlich gute Umsetzung, Einfluss auf Teilnahme an der Wahl

Schattleitner: auch an Hauptschulen

Pronegg: unterschiedliche Lehrpläne an den Schulen

Maier: wie Vorredner/innen

Wallner: Wählen mit 16 hat politisches Interesse gesteigert

Wartegger: geringes Wissen

Götschl: wie Wartegger

LAbg. Gödl: steht voll hinter der Forderung

LAbg. Zitz: weitergehend als nur eine Auseinandersetzung mit dem Parteiensystem; Rückmeldungen sind wichtig; Politische Bildung muss auch wichtige geschichtliche Ereignisse beinhalten (z.B. Faschismus)

LAbg. Klimt-Weithaler: Podiumsdiskussionen auf Augenhöhe

LAbg. Zelisko: Forderung wird voll unterstützt;

LAbg. Böhmer: übergreifendes Kurssystem für Politische Bildung; darf nicht LehrerInnen-abhängig sein

2. Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes (Norbert Koch)

Da viele Schüler und Schülerinnen aus kleineren Orten kommen, ist es sinnvoll, dass öffentliche Verkehrsmittel (vor allem Busse) auch in entlegene Orte (z.B. im Ennstal) stündlich fahren.

Außerdem erhöhen Nachtbusse vor diversen Diskotheken, Clubs und Bars zwischen 20 und 5 Uhr, die mindestens stündlich fahren, die Verkehrssicherheit. Es ist auch billiger als das Taxifahren. Bei der Fahrplanerstellung ist auf die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes zu achten. Hierbei sind betroffene Jugendliche der jeweiligen Region miteinzubeziehen, um eine adäquate und praxisbezogene Lösung zu finden.

LAbg. Böhmer: Anbindung aller Orte wird nicht möglich sein, vielleicht sind Sammeltaxis durch Zusammenschlüsse die Lösung

LAbg. Ederer: Kostenfrage; Schaffung von Mitfahrbörsen; weiterer Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes,

Miklavcic: zu lange Wartezeiten bei öffentlichen Verkehrsmittel, z.B. nach Schule

LAbg. Ederer: individuelle Lösungen für die kleinen Regionen

LAbg. Zelisko: bei Gemeindeverantwortlichen für Nachtbusse einsetzen

3. Kostenlose öffentliche Verkehrsmittel (Maria Marchel)

Als Anreizsetzung für eine Höherqualifizierung von vor allem jungen Menschen, erachten wir es als ein adäquates Mittel, die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos anzubieten, um somit eine finanzielle Entlastung für Menschen in Ausbildung zu erreichen. Die Zielgruppe sind Schüler und Schülerinnen, Lehrlinge und Studenten und Studentinnen, wobei bei letzteren dieses Angebot an die Kriterien des Universitätsgesetzes 2002 (Paragraph 92, Abs.1) zu knüpfen ist.

Weiters ist für junge Menschen Mobilität ein unabdingbarer Faktor ihrer Lebensgestaltung, wobei bei oben genanntem Vorschlag der öffentliche Verkehr eine wirkliche Alternative zum Auto darstellen würde.

Lechner: Verantwortung für Jugendliche übernehmen, auf die Zukunft gesehen

4. Günstige Wohnungen in Bildungsballungszentren (Stefan Jeitler)

Eine große soziale Barriere, vor allem finanzieller Natur für Schüler und Schülerinnen und Studenten und Studentinnen, die in ländlichen und vor allem in exponierten Lagen wohnen, zeigt sich vor allem in der zu geringen Anzahl an günstigen Wohnmöglichkeiten in Bildungsballungszentren (nicht nur in Städten).

Hier sind auch die Standorte von Bildungsanstalten geringeren Vorkommens z.B. spezielle Fachschulen zu berücksichtigen.

Es sollen - um allen jungen Menschen ein annähernd gleicher Zugang zu allen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen - mehr sozial gerechte und günstige Wohnmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Koch: Förderungen für Studenten (Wohnung)

LAbg. Ederer: Aufbringung der Finanzmittel für den Wohnbau: Weg muss gefunden werden

LAbg. Zitz: gutes Wohnangebot für alle; politisches Auftreten gegen Ausbeuten von Studierenden

LAbg. Klimt-Weithaler: breitere Sicht der These; Gegen Verkauf von Wohnungen im öffentlichen Eigentum